Politikbrief

02-2018 Informationen des Verbandes der deutschen Rauchtabakindustrie

Inhalt

Track & Trace:
Exportverbote bedrohen Mittelstand 1

Interessenvertretung:
VdR steht für Transparenz 3

Verbraucherpolitik:
Nein zum Nanny-Staat! 4

Mittelstand:
Der Wirtschafts- und Jobmotor 5

Vor Ort:
TMCC in Achern-Önsbach 6

TabakKultur.
Made in Germany.
Verband der deutschen Rauchtabakindustrie e.V.

& Trace:
tverbote bedrohen Mittelstand

ir Tabakprodukte das Rückverfolgbarkeitssystem ace eingeführt werden. Das Ziel: den illegalen Ziga- el EU-weit bekämpfen. Doch anstatt die organisierte t zu treffen, richtet sich die Bürokratiekeule vor allem ittelständischen Tabakhersteller. Aktuell drohen neben stitions- und Betriebskosten Handelshemmnisse in verordneten Exportverbotes für legale Tabakprodukte.

and ohne Mehrwert

Gesetzgeber berät derzeit, wie die technischen Vorgaben aus ıck & Trace umzusetzen sind. Bereits ab Mai 2019 werden Fein- Zigarettenverpackungen mit einem Code versehen. Dieser wird kt der Lieferkette gescannt: von der Produktion über den Handel t. Allein die Umrüstung bis zum Mai nächsten Jahres und die valtung des Datenwustes schlagen im kleinsten Betrieb mit sechs- en zu Buche. Viele familiengeführte Tabakunternehmen können llen Aufwendungen nicht mehr leisten, denn in den vergangenen ıde der Mittelstand über Gebühr durch immer neuen regulatori- atismus belastet worden. Dem Tabakmittelstand droht das wirt- ıs, spätestens 2024. Denn dann sollen auch Pfeifen-, Kau- und sowie Zigarren/Zigarillos von Track & Trace erfasst werden. ders absurd, da diese Produkte nicht geschmuggelt werden.

ıng offenbart wahre Motive

setzt die Bundesregierung die Krone auf: Sie hat in ihrer jüngs- ıhme vom 4. Oktober gegenüber dem Bundesrat erklärt, dass olgbarkeitssystem keinen Mehrwert für die steuer- oder steuer- e Aufgabenwahrnehmung des Zolls hat. Und dennoch macht sie mit. Warum? Die Bundesregierung sieht in Track & Trace eine Tabakkonsum einzudämmen und den Zugang zu bezahlbaren ıissen zu erschweren. Mit anderen Worten: Legalen Genussmitteln okratische Gängelei der Hersteller der Garaus gemacht werden.

rfolgreich auf dem Weltmarkt – wie lange noch?

ers treffen werden deutsche Tabakunternehmen jedoch die drohen- rbote. Denn die Verpackungsvorgaben der EU sind teilweise nicht rderungen von Ausfuhrmärkten kompatibel. Beispiel Australien: esetzgeber sieht Plain Packaging vor – außer dem Steuerstempel iteren Codes oder Markierungen erlaubt. Folge ist, dass deutschen

Politikbrief

02-2018 Informationen des Verbandes der deutschen Rauchtabakindustrie

Track & Trace: Exportverbote bedrohen Mittelstand

2019 soll für Tabakprodukte das Rückverfolgbarkeitssystem Track & Trace eingeführt werden. Das Ziel: den illegalen Zigarettenhandel EU-weit bekämpfen. Doch anstatt die organisierte Kriminalität zu treffen, richtet sich die Bürokratiekeule vor allem gegen die mittelständischen Tabakhersteller. Aktuell drohen neben hohen Investitions- und Betriebskosten Handelshemmnisse in Form eines verordneten Exportverbotes für legale Tabakprodukte.

Hohe Kosten für vermeintliche Schmuggelbekämpfung

Für Feinschnitt, Zigarren/Zigarillos und Pfeifentabak besteht kein nennenswerter Schwarzmarkt. Dennoch sollen diese Genussmittel in zwei Stufen dem kostspieligen EU-System zur Rückverfolgung unterworfen werden.

Produkt ohne Schwarzmarkt	Aufwand Track & Trace pro Unternehmen
Feinschnitt	ab 2019
Zigarren/Zigarillos	ab 2024
Pfeifentabak	ab 2024

Sechsstellige Kosten pro Jahr

Großer Aufwand ohne Mehrwert

Der deutsche Gesetzgeber berät derzeit, wie die technischen Vorgaben aus Brüssel zu Track & Trace umzusetzen sind. Bereits ab Mai 2019 werden Feinschnitt- und Zigarettenverpackungen mit einem Code versehen. Dieser wird an jedem Punkt der Lieferkette gescannt: von der Produktion über den Handel bis zum Kiosk. Allein die Umrüstung bis zum Mai nächsten Jahres und die jährliche Verwaltung des Datenwustes schlagen im kleinsten Betrieb mit sechsstelligen Kosten zu Buche. Viele familiengeführte Tabakunternehmen können diese finanziellen Aufwendungen nicht mehr leisten, denn in den vergangenen Jahren ist gerade der Mittelstand über Gebühr durch immer neuen regulatorischen Bürokratismus belastet worden. Dem Tabakmittelstand droht das wirtschaftliche Aus, spätestens 2024. Denn dann sollen auch Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak sowie Zigarren/Zigarillos von Track & Trace erfasst werden. Das ist besonders absurd, da diese Produkte nicht geschmuggelt werden.

Bundesregierung offenbart wahre Motive

Dem Ganzen setzt die Bundesregierung die Krone auf: Sie hat in ihrer jüngsten Stellungnahme vom 4. Oktober gegenüber dem Bundesrat erklärt, dass das Rückverfolgbarkeitssystem keinen Mehrwert für die steuer- oder steuerstrafrechtliche Aufgabenwahrnehmung des Zolls hat. Und dennoch macht sie bei dem Spiel mit. Warum? Die Bundesregierung sieht in Track & Trace eine Chance, den Tabakkonsum einzudämmen und den Zugang zu bezahlbaren Tabakerzeugnissen zu erschweren. Mit anderen Worten: Legalen Genussmitteln soll durch bürokratische Gängelei der Hersteller der Garaus gemacht werden.

Mittelstand erfolgreich auf dem Weltmarkt – wie lange noch?

Ganz besonders treffen werden deutsche Tabakunternehmen jedoch die drohenden Exportverbote. Denn die Verpackungsvorgaben der EU sind teilweise nicht mit den Anforderungen von Ausfuhrmärkten kompatibel. Beispiel Australien: Der dortige Gesetzgeber sieht Plain Packaging vor – außer dem Steuerstempel sind keine weiteren Codes oder Markierungen erlaubt. Folge ist, dass deutschen

Unternehmen wegen der Track-&-Trace-Vorgaben der Zugang zum australischen Markt versagt wird. Zudem planen und implementieren mittlerweile auch andere Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland eigene Rückverfolgbarkeitssysteme, die im Zweifel nicht kompatibel mit dem europäischen Track & Trace System sind. Damit wird der Tabakmittelstand seiner Export-Stärke beraubt: Die VdR-Mitgliedsunternehmen bedienen weltweit über 100 Märkte. Wesentlicher Erfolgsfaktor ist die Innovationskraft der Mittelständler, mit der sie die Genussraucher überall auf der Welt überzeugen. Unterm Strich heißt Track & Trace: keine Fortschritte im Kampf gegen den illegalen Handel, immense Kosten durch Exportausfälle, Umrüstung und Betrieb sowie gefährdete Arbeitsplätze und Existenzen im Tabakmittelstand.

Politik muss Mittelstand schützen

Die Bundesregierung hat sich im Koalitionsvertrag eindeutig zum Mittelstand bekannt. Seine Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit solle gestärkt werden. Wie viel diese Aussage wert ist, wird man auch daran messen können, ob die Politik den Mittelstand in der Frage der Exportverbote unterstützt. Oder ob sie stattdessen den erfolgreichen kleinen und mittleren Tabakunternehmen ohne Mehrwert die Märkte entzieht.

Tabakpackungen – Anforderungen inkompatibel

Track & Trace verhindert ab Mai 2019 den Export in viele wichtige Absatzmärkte – zum Beispiel nach Australien. Grund sind inkompatible Vorgaben für die Codes auf den Tabakpackungen:

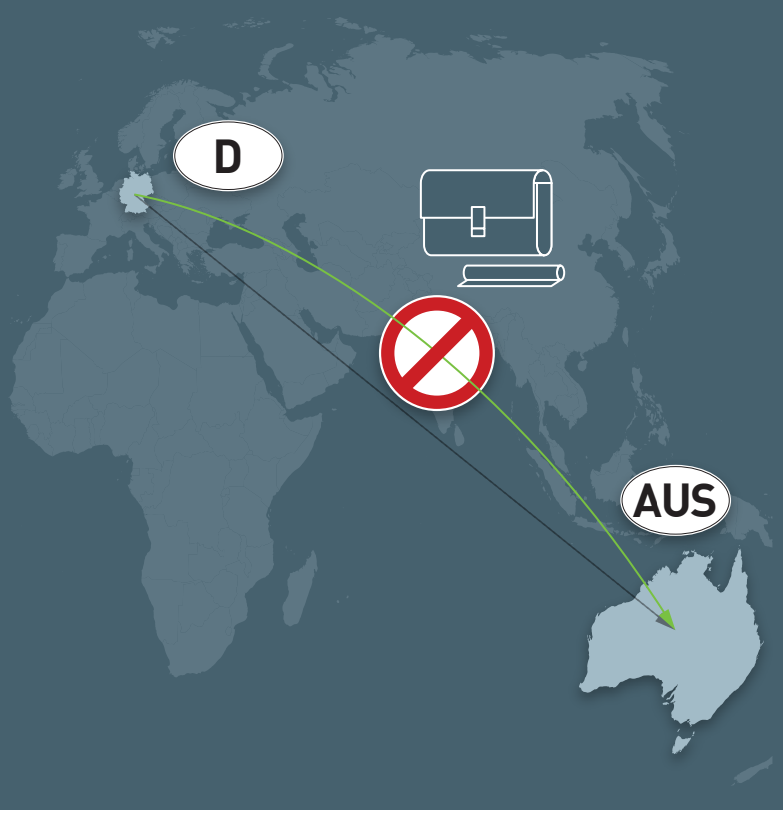
EU:
individuelles Erkennungsmerkmal

464 DON 2KK MKV
7K095L2 2201

≠

Australien:
nur ein Herkunftscode pro Packung erlaubt

KB55725107
0713



Interessenvertretung: VdR steht für Transparenz

Die Tabakwirtschaft dokumentiert wie keine zweite Branche die Aktivitäten im Zuge ihrer politischen Interessenvertretung. Diese Transparenz scheint nicht für alle zu gelten, die sich im Zusammenhang mit Tabakprodukten politisch positionieren. Der VdR fordert: gleiche Bedingungen im Wettbewerb der Interessen.

Der VdR stellt die Positionen zu den relevanten Themen offen zur Debatte. Dazu gehört, dass politische Rahmenbedingungen für das Kulturgut Tabak in der Form gestaltet sein sollen, dass mittelständische Unternehmen ihre legalen Produkte weiterhin wirtschaftlich vertreiben können. Das sichert Arbeitsplätze und Existenzen, oftmals auch in ländlichen Gegenden. Damit vertritt der Verband ein legitimes Interesse: Genussmittel wie Pfeifen-, Kau- und Schnupftabak, Feinschnitt sowie Zigarren/Zigarillos sollen für Erwachsene weiter zugänglich bleiben – selbstverständlich in einem regulierten Markt, der den Jugendschutz garantiert. Der VdR leistet mit seinen offenen Positionen wertvolle Beiträge für eine sachliche Diskussion.

Zweierlei Maß

Dass in der Öffentlichkeit unterschiedliche Bewertungsmaßstäbe angelegt werden, verdeutlicht der Blick auf als objektiv wahrgenommene Organisationen im Tabakbereich deutlich. NGOs, wissenschaftliche Forschungseinrichtungen und sogar UN-Organisationen sind in mancher Hinsicht deutlich weniger transparent:

- *Transparenz:* Wenn die Bundesregierung die Tabakwirtschaft zu einer Gesetzesinitiative anhört, wird dies auf den Internetseiten der Ministerien veröffentlicht. So dokumentieren das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) Teilnehmer, Anlass und Themen der Gespräche. Welche Treffen jedoch mit organisierten Tabakgegnern stattfinden, erfährt der interessierte Bürger nicht.
- *Finanzierung:* Die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die für das Tabakrahmenübereinkommen verantwortlich ist, finanziert sich zu 72 Prozent aus freiwilligen Spenden, teilweise von privaten Organisationen. Damit ist sie anfällig für interessensgeleitete Einflussnahme – und legt einen Fokus auf Kampagnen gegen ungesunde Lebensstile, anstatt sich auf ihre Kernkompetenzen wie die Seuchenbekämpfung zu konzentrieren.
- *Ausschluss bestimmter Interessen:* Zu Tabakkontroll-Konferenzen wie die der WHO werden keine Vertreter von Tabakbauern oder -unternehmen eingeladen. Wirtschaftsvertreter werden explizit von den Veranstaltungen ausgeschlossen und sogar die Presse muss außen vor bleiben. Ein sachlicher Dialog wird so verhindert.

Und mit wem sprechen NGOs?

2014 führte der VdR vier Gespräche zur EU-Tabakproduktrichtlinie mit dem federführenden BMEL. Seitdem wurde der Tabakmittelstand zu weiteren sieben Verbändeanhörungen ins Ministerium geladen. Ob und, wenn ja, wie viele Termine es mit der Antitabaklobby gab, ist nicht bekannt.

Gesprächstermine mit dem BMEL seit 2014

VdR 11

Antitabaklobby ?

Quelle: bit.ly/BMEL-Transparenz

„Eine transparente politische Interessenvertretung ist Grundvoraussetzung, in unserer Gesellschaft Kompromisse zu finden. Dafür steht der VdR. Wichtig ist mir aber, dass für alle Stakeholder die gleichen Spielregeln gelten."

Michael von Foerster
Hauptgeschäftsführer des VdR

Interview im DeutschlandfunkKultur: bit.ly/VdRTransparenz

Verbraucherpolitik: Nein zum Nanny-Staat!

Verbraucherpolitik ist zunehmend getrieben von einem staatlichen Erziehungsansatz, der nach dem Tabak nun Zucker, Lebensmittelfette und Alkohol ins Visier nimmt. Hintergrund ist ein beunruhigender Paradigmenwechsel, der statt der Information aufgeklärter Bürger die emotionale Beeinflussung vermeintlich hilfloser Konsumenten in den Fokus nimmt.

Grundannahme des bevormundenden Staates ist, dass erwachsene Bürger nur bedingt gute Entscheidungen für sich selbst treffen können. Ihnen wird die Fähigkeit zu rationalem Handeln abgesprochen. Dazu zählt insbesondere das Abwägen zwischen Genuss und Risiko. Aus diesem Grund soll der Verbraucher mit Konzepten aus der Verhaltensökonomie in Richtung eines staatlich flankierten Wohlverhaltens gestupst werden. Zugespitzt: Der Trottel wird zum Leitbild des Nanny-Staats.

Tabak: Psychotricks statt Information

Bestes Beispiel sind die Vorgaben für Tabakprodukte: Jahrelang standen Rauchern gesetzlich vorgeschriebene Abrauchwerte von Teer-, Nikotin- und Kohlenmonoxid auf den Verpackungen zur Verfügung. So erhielten sie objektive Informationen nach DIN-ISO-Norm, um Produkte vergleichen zu können. Seit zwei Jahren dürfen Tabakhersteller diese Werte nicht mehr auf ihre Erzeugnisse drucken. Auch Hinweise auf ökologischen Tabakanbau oder zusatzstofffreien Tabak sind nun verboten. An ihre Stelle rücken Schockbilder, die den Konsumenten ausschließlich emotional beeinflussen sollen. Das Motto des paternalistischen Staats: Psychotricks statt Information.

Und bei Tabak hört die Diskussion noch lange nicht auf: Lebensmittelampel, Zuckersteuer und Schockbilder auf Alkoholflaschen sind bereits in der Pipeline der Tugendwächter. Damit werden Entscheidungsspielräume der Bürger beschnitten. Freiheit heißt auch, Risiken eingehen zu dürfen. Leider werden diese Aspekte in der öffentlichen Diskussion kaum thematisiert. Hingegen bildet sich ein bedenklicher Mainstream heraus, der eine zunehmende Entmündigung und Gängelung der Bürger akzeptiert. Diese ängstliche Verbotskultur bedroht auf Dauer die offene Gesellschaft.

Verbraucher befähigen statt bevormunden

Was tun? Eine vernünftige Verbraucherpolitik nimmt den Bürger ernst. Seine Entscheidungskompetenz sollte der Staat stärken. Wichtigster Ansatzpunkt dafür ist bessere Bildung, Aufklärung und Transparenz. Aber dazu gehört auch, auf Fakten zu setzen und Abstand zu nehmen von bevormundender Beeinflussung.

Verbraucherschutz heute: Schock statt Aufklärung

gesetzlich verboten: objektive Informationen

ersetzt durch: emotionale Abschreckung

Politikbrief

02-2018 Informationen des Verbandes der deutschen Rauchtabakindustrie

Mittelstand: Der Wirtschafts- und Jobmotor

Dank der guten Konjunktur verzeichnen Bund und Länder sprudelnde Steuereinnahmen. Doch trotz anderslautender Ankündigungen im Koalitionsvertrag fehlt es an Entlastungen und politischer Unterstützung für den Mittelstand. Doppelt hart zu spüren bekommt das der traditionsreiche familiengeführte Mittelstand der mittelständischen Tabakwirtschaft.

99,6 Prozent aller deutschen Unternehmen werden dem Mittelstand zugerechnet. Das ist mehr als in jeder anderen Industrienation. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) erwirtschaften mehr als die Hälfte der Wertschöpfung, stellen fast 60 Prozent aller Arbeitsplätze und rund 82 Prozent der betrieblichen Ausbildungsplätze bereit. Ein wesentlicher Grund, weshalb die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland EU-weit am niedrigsten ist. 42 Prozent der deutschen KMU brachten zudem im Jahr 2014 eine Produkt- oder Prozessinnovation auf den Markt – gegenüber 30 Prozent im EU-Durchschnitt. Der Mittelstand trägt damit entscheidend zur Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.

Der Mittelstand zeichnet sich aber vor allem durch seine besondere Unternehmenskultur aus. 95 Prozent aller KMU sind familiengeführt. Geschäftsführung und Eigentümer denken immer auch an die nächste Generation, wirtschaften entsprechend nachhaltig und orientieren sich nicht nur an Quartalsergebnissen. Und: KMU sind regional stark verwurzelt. Sie bieten den gerade heutzutage so wichtigen sozialen Kitt der Gesellschaft, indem sie sich überproportional um lokale Belange kümmern, Sportvereine kofinanzieren und Stadtfeste mitorganisieren. Das stärkt ländliche Regionen wirtschaftlich wie sozial.

Auf Politik zählen können

Die Politik hat die besondere Bedeutung des Mittelstands seit Jahren anerkannt – zumindest rhetorisch. Doch ein Blick auf die Resultate ist ernüchternd. Beispiel internationaler Steuerwettbewerb: Die USA, Frankreich und Großbritannien senken ihre Unternehmenssteuern massiv. Doch in Deutschland ist das trotz guter Konjunktur und hoher Steuereinnahmen kein Thema. Beispiel Tabakhersteller: Enorme bürokratische Zusatzbelastungen, beispielsweise durch die EU-Tabakproduktrichtlinie, haben eine Reihe von Traditionsbetrieben aus dem Markt gedrängt. Im Gegensatz zu Konzernen, die sich am Shareholder-Value orientieren, erschüttert es Mittelständler ungleich stärker, wenn sie Mitarbeitern, die mitunter in zweiter oder dritter Generation im Betrieb sind, keine Arbeitsperspektiven mehr bieten können. Ein Kahlschlag droht nun, wenn die Mehrbelastungen des ab Mai 2019 in Kraft tretenden EU-Rückverfolgbarkeitssystems Track & Trace durchschlagen. Eine bessere Gelegenheit gab es selten für die Bundesregierung, beherzt für Familienunternehmen einzutreten und eine aktive Mittelstandspolitik zu betreiben.

„Wenn wir die Zukunft gewinnen wollen, dann dürfen wir den Mittelstand nicht verlieren. [...] Wir müssen jeden Einzelnen unterstützen und dürfen nicht nur schöne Reden halten."

Peter Altmaier
Bundeswirtschaftsminister
Regierungserklärung
am 22. März 2018

Mittelstand in Deutschland

55% der Nettowertschöpfung

59% aller Arbeitsplätze

82% aller Ausbildungsplätze

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Die Pfeifeprüfung

Mittelständler und Planta-Geschäftsführer Nils Obermann im Porträt im Cicero 10/2018:

bit.ly/vdr-pfeifepruefung

Vor Ort: TMCC in Achern-Önsbach

Mitten in den traditionellen baden-württembergischen Tabakanbaugebieten hat der Mittelständler TMCC 2011 einen neuen Produktionsstandort errichtet. Geschäftsführer Lutz M. Weidensdörfer beschreibt, was ihn heute umtreibt.

Lutz M. Weidensdörfer
Geschäftsführer TMCC

Foto: Volker Öhl/Die Tabak Zeitung

Das Rückverfolgbarkeitssystem Track & Trace treibt viele um. Sie auch?

Ich muss zugeben: Ich bin seit 30 Jahren in der Tabakbranche und habe so etwas noch nie erlebt. Der Track-&-Trace-Irrsinn wird uns unterm Strich knapp zwei Millionen Euro kosten. Für Konzerne mag das unproblematischer sein, für uns ist das eine richtige Hausnummer. Offensichtlich hat die Politik nicht verstanden, dass KMU weit überproportional betroffen sind. Und das aus unserer Sicht für nichts und wieder nichts. Denn bereits heute lässt sich jede legal hergestellte Verpackung zurückverfolgen.

Gibt es überhaupt einen Schwarzmarkt für Ihre Produkte?

Nein! Das ist ja das Absurde. Unsere Produkte tauchen gar nicht gefälscht und unversteuert auf dem Schwarzmarkt auf wie beispielsweise eine Marlboro. Wir produzieren Handelsmarken, die zum Beispiel über Discounter vertrieben werden. Das sind hochwertige Alternativen für preisbewusste Kunden, aber nichts für den Schwarzmarkt. Und sehen wir es mal global: In vielen Ländern sind diese Produkte zu unbekannt, ja zum Teil gar nicht erhältlich, um einen sicheren und nachhaltigen Schmuggelabsatz zu generieren. Sicherlich auch unter dem Gesichtspunkt der zu erzielenden Profite völlig uninteressant für Schmuggler. Und bei unserem Kernprodukt, dem Feinschnitttabak, verpackt in Beutel, Pouch und Dosen, habe ich noch nie von Schmuggel gehört.

Wie weit sind Sie mit der Umsetzung von Track & Trace?

Die Planungsphase haben wir abgeschlossen und sind mitten in der Umsetzung. Jedoch: Es sind noch immer nicht alle Einzelheiten abschließend geklärt. Für mich zählen dazu unter anderem Haftungsfragen. Inwieweit sich durch einen geringeren Produktionsausstoß oder Fehler im Gesamtsystem Produktionsverzögerungen und dadurch zusätzliche Kosten ergeben, kann ich zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Wie blicken Sie in die Zukunft?

Trotz allem positiv. Unsere Handelsmarken sind extrem stabil. Wir investieren weiter, auch über die gesetzlichen Anforderungen hinaus. In der Branche haben wir uns den Ruf einer „Institution“ erarbeitet. Wir sind stolz auf unsere 40

erfahrenen und langjährigen Mitarbeiter, die den Weg mit uns gehen. Und ich arbeite trotz aller Anfeindungen gerne für und mit dem Genussmittel Tabak.

Welche Erwartungen haben Sie an die Politik?

Im Kern habe ich drei Wünsche. Erstens brauchen wir eine Steuerpolitik, die die Verhältnismäßigkeit wahrt. Das wirkt übrigens am besten gegen den Schwarzmarkt. Zweitens ist mehr Realitätsnähe notwendig. Die Politiker müssen sich den Problemen in den Betrieben stellen und gegebenenfalls ernsthafter die Sinnhaftigkeit mancher Initiativen prüfen. Der Track-&-Trace-Unsinn wäre uns in diesem Ausmaß womöglich erspart geblieben. Und drittens wünsche ich mir bei einschneidenden Regulierungen mehr Offenheit für längere Übergangsfristen. Zudem sollten EU-Richtlinien und -Direktiven im nationalen Recht vollständig umgesetzt und in Kraft getreten sein, bevor die Umsetzungsphase beginnt. Die gesetzten Zeithorizonte waren in der Vergangenheit einfach zu knapp.

Tabakkultur mit Tradition

Der Tabakanbau hat in Deutschland seit über 400 Jahren Tradition. TMCC hat seinen Standort mitten im größten Tabakanbaugebiet Baden-Württemberg. Über 40 Prozent des deutschen Tabaks werden hier produziert. Für seine Mischungen greift TMCC auch auf heimische Rohstoffe zurück.

Quelle: Bundesverband Deutscher Tabakpflanzer

TMCC Historie

2001	Gründung als Beratungsunternehmen Zusammenarbeit mit Produktionspartnern
2004	Beginn der eigenen Produktion von Tabakprodukten (Cigaretten/Feinschnitt) für Handelsketten
2005	Umstellung der Mindestinhalte Zigaretten von 19 auf 17 Stück
2006	Verbot der vorportionierten Feinschnittrollen und anschließend der Steckies Einführung eines umfassenden Qualitätsmanagements
2007	Einführung von Eigenmarken Skavenbeck für Cigaretten sowie eigene Feinschnitt und Cigarren-Produkte
2009	Umstellung der Mindestinhalte von Zigaretten von 17 auf 19 Stück und kompletter Austausch der Produkte im Handel
2011	Umstellung der Zigarettenproduktion für die Verwendung von brandhemmendem Papier (LIP) Bezug der neuen Produktionsstätte in Achern-Önsbach
2012	Ausbau der Produktionsstätte in Achern
2015	Neue Investitionen und Erweiterung der Herstellungsanlagen
2016	Umbau/Umstellung auf TPD2-Richtlinie Umstellung der Mindestinhalte für Zigaretten von 19 auf 20 Stück
2018/19	Umbau/Umstellung für Track & Trace